



## Sitzung des Gemeinderats am 11. März 2019

### Haushaltsrede der CDU-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2019

*- es gilt das gesprochene Wort -*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Christ,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats,  
liebe Gernsbacherinnen und Gernsbacher,  
liebe Vertreter der Presse,

der Haushalt 2019, den wir heute beraten, ist unter mehreren Blickwinkeln ein ganz besonderer:

Er wurde erstmals nach dem sog. Neuen Haushaltsrecht, also nach den Regeln des kaufmännischen Rechnungswesens, der Doppik, erstellt und zeigt nun ungeschminkt die tatsächliche Wirtschafts- und Finanzlage der Stadt. Die Vorbereitung dessen war ein besonderer Kraftakt der Kämmerei, für den wir uns ausdrücklich beim gesamten Team bedanken.

Auf die zweite Besonderheit weist die Steuerentwicklung hin, deren Richtung sich nun umkehrt und uns mit aller Macht verdeutlicht, dass die Erträge aus der wichtigsten Steuerquelle der Stadt - der Gewerbesteuer - nach Jahren des Wachstums deutlich rückläufig sind.

Die dritte Besonderheit lässt sich an der Finanzplanung ablesen, die bis zum Jahr 2022 Bauinvestitionen von 25 Mio. € vorsieht.

Viele Maßnahmen des Investitionsplans begrüßen und unterstützen wir. Wir stehen dazu, unsere Kindergärten, Schulen und Hallen in einen guten Zustand zu bringen oder diesen zu erhalten. Wir halten auch die Sanierung unserer Straßen und Infrastruktur für erforderlich und wir wollen eine unser Stadtbild erhaltende, städtebauliche Weiterentwicklung.

Dazu gehört nach unserem Verständnis eine verträglichere und zu Gernsbach besser passende Entwicklung des Pfleiderer Areals, für die wir auf der Basis des von Ihnen abgelehnten städtebaulichen Ideenwettbewerbs eine Lösung gesehen haben, unsere Defizite beim Angebot von Wohnungen zu reduzieren. Unnötige Märkte an diesem Stadtbild prägenden Standort sind keine erstrebenswerte Entwicklung.

So wünschenswert und notwendig viele Projekte sein mögen, über allem steht doch die entscheidende Frage, was können wir uns leisten und was davon kann die Stadtverwaltung tatsächlich in einem Haushaltsjahr umsetzen?

Diese beiden Fragen lassen sich mit Blick in den Haushaltsplan beantworten: Der Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt beträgt ca. 3 Mio. € und wenn wir davon noch die ordentliche Tilgung abziehen, dann bleiben 2,75 Mio. € als „freie Spitze“ zur Finanzierung von Investitionen übrig. Das können wir uns als Stadt Gernsbach leisten, ohne neue Schulden aufzunehmen. Und das ist in etwa auch der Betrag, den die Stadtverwaltung pro Jahr tatsächlich für Investitionen ausgeben konnte.

Nun gibt es einige hier in der Halle, die meinen, Kredite sind ja momentan billig, wir schaffen mit unseren Investitionen Werte und bauen den Sanierungsstau ab. Das kann man natürlich so sehen, wenn nur nicht die allseits bekannte Tatsache wäre, dass jeder Schuldner seine Kredite auf Euro und Cent zurückzahlen muss. Und eines möchte ich an dieser Stelle eindringlich ins Gedächtnis rufen: Alle Kredite müssen wir Gernsbacherinnen und Gernsbacher mit Zins und Zinseszins zurückzahlen. Haben Sie eine Idee, wie lange es dauern wird, bis wir nur die aktuelle Verschuldung von Stadt, Stadtwerken und Eigenbetrieb Abwasser zurückbezahlt haben? Mehr als 20 Jahre und auch nur dann, wenn die Steuererträge nicht noch weiter einbrechen und wir keine neuen Kredite aufnehmen.

Genau das aber haben Sie vor: Sie wollen in den kommenden 4 Jahren nicht nur die städtischen Rücklagen von mehr als 6 Mio. € ausgeben; nein, Sie planen auch die Schulden von Stadt und Betrieben von 20 auf 37 Mio. € zu erhöhen.

Dass diese Planung die städtische Finanzkraft überfordert und die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Stadt gefährdet, haben Sie im Vorbericht zum Haushaltsplan selbst dargestellt. Bereits im Jahr 2022 wird es nicht mehr gelingen, den Ergebnishaushalt auszugleichen und Kredite für den Betrieb dürfen Sie, wie Sie wissen, nicht aufnehmen. Wenn dann auch noch in

der Zukunft die Kreditzinsen wieder ansteigen, dann können wir nur den ehemaligen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zitieren: „Isch over“!

Meine Fraktion möchte es gar nicht so weit kommen lassen und hat daher mehrfach angeregt und beantragt, die notwendigen Maßnahmen zu priorisieren und eine vernünftige Investitionsplanung mit Augenmaß aufzustellen, die wir uns auch tatsächlich leisten können. Das ist unsere wichtigste Aufgabe als Gemeinderat aber auch die der Stadtverwaltung und des verantwortlichen Bürgermeisters. Helmut Kohl hat das einmal so beschrieben: „Politik braucht Gespür für das Machbare, auch für das dem anderen Zumutbare“.

Ich muss es ganz deutlich sagen: Wenn Sie so weiter machen, fahren Sie den Karren mit Karacho an die Wand und wir Gernsbacher müssen die Zeche bezahlen, dafür gibt es nämlich keine Versicherung.

Wir wollen andere Prioritäten setzen, Pflicht vor Kür heißt unsere Devise und es bedarf nicht immer teurer Großprojekte, mit denen sich jemand ein Denkmal setzen möchte, um das Leben in Gernsbach lebenswerter zu machen. Und dafür haben wir genügend Beispiele gebracht: Eine Verkaufsstelle für Fahrkarten des KVV im Rathaus wäre eine Verbesserung und Erleichterung für unsere älteren Mitmenschen. Das aber haben Sie, Herr Christ, abgebugelt, weil Sie meinen, diese kleine Zusatzaufgabe mit dem vorhandenen Personal nicht leisten zu können. Wir meinen, das ist ein schlechter Witz – bei einer Personalausstattung mit jährlichen Personalkosten von mehr als 10 Mio. € nicht in der Lage zu sein, ein paar KVV-Fahrkarten zu verkaufen.

Eine Anlaufstelle im Rathaus für das Ehrenamt, einen Ansprechpartner und Koordinator für die Vereine, deren ehrenamtliche Arbeit das Rückgrat unserer Gesellschaft ist, ein Antrag der SPD-Fraktion, den wir ausdrücklich unterstützen – auch abgelehnt, weil Sie dafür zuerst einen Runden Tisch brauchen, um herauszufinden, was gewollt ist. Hier geht es um einen Umfang von gerade mal 8 Stunden in der Woche.

Überhaupt erkennen wir bei Ihnen wenig Bereitschaft, sich mit Strukturen und Abläufen in Ihrer Verwaltung zu beschäftigen, obwohl Sie als Bürgermeister die Organisationshoheit inne haben. Im Zweifel gehen Sie, wie auch in diesem Haushalt wieder, den leichten Weg und satteln einfach mehr Personal drauf. Aber, und das liegt auf der Hand: So wird es nicht weiter gehen können. Bei zunächst rückläufigen Gewerbesteuererträgen und dann künftig sinkenden Schlüsselzuweisungen werden auch Sie den Gürtel enger schnallen müssen. Wir erwarten,

dass Sie mit der Konsolidierung der Verwaltung beginnen, bevor es zu spät ist und beantragen die Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission mit Beteiligung von Vertretern des Gemeinderats, die regelmäßig tagt und den Gemeinderat vierteljährlich ergänzend zum Bericht über die Haushaltsentwicklung informiert.

Für unsere CDU-Fraktion steht die Bevölkerung Gernsbachs und deren Wünsche und Bedürfnisse im Vordergrund. Deshalb haben wir die aktuelle Studie des Regionalverbands „Mittlerer Oberrhein“ zu Wohnverhältnissen und Umzugsabsichten in der Region sehr aufmerksam gelesen. Ist Ihnen bewusst, dass die Einwohner Gaggenaus und Kuppenheims zu mehr als 80 % mit ihrer Wohnsituation sehr zufrieden sind, in Gernsbach aber weniger als 20 %? Das liegt aber nicht an der Einkaufssituation, die noch mehr oder noch größere Märkte erfordern würde, sondern an einer Reihe anderer Faktoren wie z.B. der Erschließung von neuen Baugebieten für junge Familien, der Erreichbarkeit der ärztlichen Versorgung, dem Radwegenetz, einem Klimaschutzkonzept oder der unzureichenden Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Das machen Gaggenau und Kuppenheim besser als wir und wir müssen dringend aufholen.

Während die Ergebnisse dieser Studie in den Gemeinderäten anderer Kommunen und im Kreistag bereits vorgestellt und über Konsequenzen daraus beraten wurde, müssen wir in Gernsbach bisher Fehlanzeige vermelden. Wir beantragen daher, die Studie dem gesamten Gemeinderat zur Verfügung zu stellen und über Schlussfolgerungen und Maßnahmen in einer der nächsten Sitzungen öffentlich zu beraten.

Auch der innerörtliche Ausbau des Breitbandnetzes, um Gernsbach aus der digitalen Diaspora herauszuholen, ist in diesem Zusammenhang eine ganz dringende Aufgabe, der wir uns bei jeder Straßensanierung stellen müssen. Wir erwarten von der Stadtverwaltung die Vorlage einer innerstädtischen Ausbauplanung parallel zum Ausbau des Backbone-Netzes des Landkreises, das wir im Gemeinderat beraten wollen. Gleiches gilt für den Ausbau der eMobilität, die wir durch Stromtankstellen im öffentlichen Bereich unterstützen wollen.

Im Rahmen der Vorberatungen des Haushalts 2019 haben wir beantragt, über die Haushaltsatzung und die Finanzplanung in der heutigen Sitzung getrennt zu beschließen, so wie es die Gemeindeordnung vorschreibt. Das haben Sie, Herr Christ, abgelehnt. Unsere Fraktion könnte zwar unter Zurückstellung von Bedenken die Haushaltssatzung 2019 mittragen, keinesfalls aber die nicht zu finanzierende Finanzplanung der kommenden Jahre. Aus den genannten Gründen werden wir dem Haushaltsbeschluss nicht zustimmen und wir äußern auch an dieser Stelle die Sorge, dass die Rechtsaufsicht den Entwurf so nicht ohne Auflagen genehmigen

wird. Bereits bei der Genehmigung der Haushaltssatzung 2018 hat Ihnen die Kommunalaufsicht ins Stammbuch geschrieben (Zitat):

*„Zur Deckung der geplanten Investitionen in den Jahren 2019 und 2020 reichen die Eigenmittel nicht aus, so dass in diesen Jahren umfangreiche Kreditaufnahmen vorgesehen sind. Neben dem aus dieser Verschuldung zu leistenden Schuldendienst werden die Abschreibungen und Folgekosten der geplanten Investitionen den Haushalt über Jahre hin belasten. Spielräume für zukünftige Generationen werden dadurch eingeschränkt. Daher wäre es aus unserer Sicht angebracht, die geplanten Vorhaben auf Notwendigkeit und Umfang auf den Prüfstand zu stellen. Des Weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass sich die Gesamtwirtschaft nicht zwingend weiterhin positiv entwickeln muss und abhängig davon, die Einnahmen aus Steuern und Zuweisungen starken Schwankungen unterliegen können.“*

Damit, Herr Christ, ist alles gesagt. Wir können nur hoffen, dass Sie und die Mehrheit des Gemeinderats, sich diese Ansage doch noch zu Herzen nehmen und wir zu einer finanzierbaren und gegenüber den nachfolgenden Generationen rücksichtsvollen Ausgabenpolitik zurückfinden.

Frauke Jung